

## Arp: Atomausstieg verschieben

### In der CDU mehren sich kritische Stimmen



*Arp*

Kiel (dds) Eigentlich soll 2022 Schluss sein mit der Atomkraft in Deutschland. Das hatte die Regierung Merkel 2011 beschlossen. Doch jetzt mehren sich die Stimmen in der Nord-CDU und in der Schleswig-holsteinischen Wirtschaft für eine Verschiebung dieses Datums. „Wir haben heute die höchsten Energie-Preise und das schlechteste Planungsrecht“, sagt der Steinburger CDU-Landtagsabgeordnete Hans-Jörn Arp. „Solange wir jährlich auf Grund des zu langsamen Netzausbaus und der noch nicht ausgereiften Wasserstoff-Technologie Windstrom im Wert von Hunderten Millionen Euro wegwerfen, brauchen wir eine Brückentechnologie. Und das kann nur die längere Laufzeit von Atomkraftwerken sein, mit denen wir zudem CO<sub>2</sub>-neutral Strom produzieren können.“

Arp fordert zudem deutlich mehr Geld vom Bund für die Forschung an der Wasserstoff-Technologie. Damit werde sich die Akzeptanz der Energiewende im Land deutlich erhöhen. Schleswig-Holstein habe sowohl bei Offshore als auch bei Wasserstoff enormes Potenzial, sagt der Landtagspolitiker. Zurzeit würden die Verbraucher die Zeche zahlen.

Zuvor hatten bereits VW-Chef Herbert Diess und der frühere CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Fuchs den Atomausstieg als verfrüht bezeichnet. Deutschland müsse ab 2022 Strom importieren und das sei dann Atomstrom aus Frankreich oder Kohlestrom aus Polen.